



Entwurf Europapolitische Positionen EUW 2024/Vorlage AK 12.06.2023 (INTERN)

## 1 Zuversicht in einer bewegten Welt

2 Die Krisen der vergangenen Jahre haben gezeigt: wenn wir in der Europäischen  
3 Union zusammenhalten, können wir große Herausforderungen meistern. Der  
4 Zusammenhalt in der Europäischen Union hat uns Frieden, Freiheit, Demokratie und  
5 Wohlstand gebracht. Aus diesem **Zusammenhalt** schöpfen wir unsere Zuversicht.

6 Wenn der Angriffskrieg festgefahren und eine Lösung aussichtslos erscheint, sagen  
7 wir: gemeinsames Handeln macht uns zu einer starken **Friedensmacht!** So wird die  
8 Zeitenwende eine Wende zum Guten.

9 Wenn andere uns einreden wollen, dass man gegen sozialen Abstieg und schlechte  
10 Löhne nichts tun kann, sagen wir: Doch – denn der Markt richtet es nicht alleine!  
11 Wenn die Energiekrise Sorgen schürt, dann wollen wir gemeinsam in der EU  
12 erreichen, dass unsere Versorgung mit Strom und Wärme sicher und bezahlbar  
13 bleibt. Mit der EU sichern wir **Wohlstand**.

14 Wenn andere behaupten, wir könnten den Klimawandel nicht mehr aufhalten, sagen  
15 wir: Es ist dringend – und wir können es schaffen! Für uns sind Klimaschutz und eine  
16 zukunftsfähige, starke Wirtschaft zwei Seiten einer Medaille. Als Europäische Union  
17 gehen wir den Weg in eine **nachhaltige Zukunft**.

18 Wenn gesagt wird, soziale Spaltung, Armut und Diskriminierung müssten wir  
19 hinnehmen, sagen wir: Nein - wir können sie überwinden! Wir wollen dafür Sorge  
20 tragen, dass Europa eine Gemeinschaft der **Chancengleichheit** und Solidarität ist.

21 Wenn andere auf Vereinzelung setzen und Menschen gegeneinander ausspielen,  
22 wollen wir in Europa Orte der **Begegnung** schaffen, wo wir voneinander lernen  
23 können, auch über Ländergrenzen hinweg.

24 Wenn Vorbehalte gegen Menschen mit Migrationsgeschichte geschürt werden, um  
25 damit auf Stimmenfang zu gehen, sagen wir: Stopp! Wir stehen zu unseren  
26 humanitären Werten, zur **Würde** des Menschen und zu den Menschenrechten. Wir  
27 überlassen Europa nicht den Populisten und Radikalen, sondern sichern **Demokratie**  
28 **und Rechtsstaatlichkeit** in Europa.

29 Die Europäische Union, wie wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sie  
30 gestalten wollen, soll ein stabiles Fundament in einer bewegten Welt sein. Die EU  
31 gibt uns Sicherheit und macht es möglich, die Welt von morgen zu gestalten. Unser  
32 Europa setzt sich ein für Demokratie, soziale Gerechtigkeit und den Frieden in der  
33 Welt. Unser Europa schafft eine nachhaltige Industrie und Wirtschaft, in der die  
34 Menschen ihren Wohlstand behalten. Unser Europa ist vielfältig. Unser Europa dient  
35 den Menschen.



Entwurf Europapolitische Positionen EUW 2024/Vorlage AK 12.06.2023 (INTERN)

36	<b>Inhalt</b>	
37	Zuversicht in einer bewegten Welt .....	1
38	1. Europa als Friedensmacht und stabiler Anker in der Welt.....	3
39	Kooperation in der Welt und Eintreten für Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und	
40	Menschenrechte .....	4
41	Gute Standards in Außenwirtschaft, Handel und Entwicklungszusammenarbeit .....	5
42	Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik .....	7
43	2. Europa sichert Wohlstand für alle.....	8
44	Soziales Europa.....	8
45	Ein guter Arbeitsmarkt .....	9
46	Gerechte Steuern .....	10
47	Eine gute kommunale Grundversorgung mit Energie, Gesundheit, Wasser, Nahverkehr, sozialem	
48	Wohnen und digitalen Netzen .....	11
49	3. Die EU als Wegbereiterin in eine nachhaltige und digitale Zukunft.....	12
50	Umbau der Industrie zur CO2-Neutralität.....	12
51	Den Übergang schaffen .....	13
52	Verkehr und Mobilität der Zukunft .....	15
53	Klimaanpassung und Schutz von Wäldern und Wasser .....	15
54	Digitalisierung gestalten - als Motor für Sicherheit und Zusammenhalt .....	16
55	4. Europa der Chancengleichheit .....	17
56	Chancengleichheit fängt bei der Bildung an.....	17
57	Teilhabe und Perspektiven für die Jugend .....	18
58	Chancengleichheit und Gleichstellung von Frauen .....	19
59	Recht auf sexuelle Identität und Selbstbestimmung .....	21
60	Inklusion von behinderten Menschen.....	22
61	5. Europa der Begegnung .....	22
62	6. Europa als Kontinent des Rechts.....	24
63	Migration human gestalten und Potentiale nutzen .....	24
64	Freiheit, Sicherheit und Grundrechte schützen .....	26
65	Verbraucherschutz .....	26
66	Zukunftsfähige Institutionen in der EU .....	27
67	Geht wählen!.....	29
68		



Entwurf Europapolitische Positionen EUW 2024/Vorlage AK 12.06.2023 (INTERN)

69 **1. Europa als Friedensmacht und stabiler Anker in der**  
70 **Welt**

71 Putins völkerrechtswidriger Angriffskrieg gegen die Ukraine hat die Axt an unsere  
72 Friedensordnung gelegt. Doch die Europäische Union als Friedensmacht ist unser  
73 bestes Werkzeug für eine friedlichere Welt. Die europäische Einigung ist ein  
74 beispielloses Friedensprojekt. Nach zwei furchtbaren Weltkriegen ist sie das  
75 Ergebnis von jahrzehntelangem Interessenausgleich und internationaler  
76 Zusammenarbeit. Für die EU als Friedensnobelpreisträgerin erwächst daraus eine  
77 Verantwortung.

78 Die Unterstützung der Ukraine zu ihrer eigenen Verteidigung ist notwendig. Darüber  
79 hinaus kann und muss die EU die treibende Kraft sein, eine Friedensordnung unter  
80 Einschluss aller Staaten des europäischen Kontinents auf dem Boden des  
81 Völkerrechts wieder aufzubauen und zu sichern. Auch in anderen Teilen der Welt, die  
82 von Kriegen und Konflikten heimgesucht sind, kann die EU einen Beitrag zum  
83 Frieden leisten.

84 Um Friedensmacht zu sein, braucht die Europäische Union Eigenständigkeit und  
85 Stärke. Die EU muss zukünftig in der Lage sein, Europas Sicherheit vor äußeren  
86 Bedrohungen auch aus eigener Kraft zu organisieren. Deshalb ist eine Vertiefung der  
87 Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik erforderlich. Das Europäische  
88 Parlament muss dabei klare Entscheidungs- und Kontrollrechte erhalten. Wir wollen,  
89 dass der Rat mit qualifizierter Mehrheit entscheiden kann. So erreichen wir  
90 Handlungsfähigkeit und machen die EU zu einem Stabilitätsanker in einer Welt der  
91 Umbrüche.

92 Sicherheit können, müssen und wollen wir in der EU viel stärker gemeinsam  
93 organisieren. Statt Aufrüstung nationaler Armeen brauchen wir in Zukunft mehr  
94 Zusammenarbeit. Mit einer besseren Arbeitsteilung zwischen den Staaten der  
95 Europäischen Union können wir unnötige Dopplungen abbauen. Gemeinsam sind wir  
96 stärker und können unsere finanziellen Mittel sinnvoller und wirtschaftlicher  
97 einsetzen. Mit einer engeren Verflechtung innerhalb der EU beugen wir auch  
98 nationalen Alleingängen vor.

99 Wir treten daher dafür ein, dass die Entwicklung und Beschaffung von  
100 Waffensystemen zukünftig stärker europäisch koordiniert wird. Vorhandene  
101 Verteidigungskapazitäten müssen besser vernetzt, bestehende gemischte Verbände  
102 erweitert, eine europäische Verteidigungszentrale und europäische  
103 Kommandostrukturen unter dem Dach der NATO gestärkt werden. Wir wollen eine  
104 effektive europäische Cyberabwehr sowie eine schnelle Eingreiftruppe aufbauen. Die  
105 sogenannte Europäische Friedensfazilität muss gestärkt werden. Den Schutz  
106 europäischer Infrastruktur in internationalen Gewässern und im Weltraum müssen wir  
107 verbessern.



Entwurf Europapolitische Positionen EUW 2024/Vorlage AK 12.06.2023 (INTERN)

108 Als Friedensmacht braucht die EU Kompetenzen im Bereich der  
109 Abrüstung, Rüstungskontrolle und Rüstungsexportkontrolle. In einer Zeit, in der  
110 nukleare Abschreckung auch aggressiv zur Expansion und Einschüchterung  
111 eingesetzt wird, sind wir überzeugt, dass Wettrüsten und Konzepte der  
112 Abschreckung keinen umfassenden und nachhaltigen Schutz vor Krieg und Gewalt  
113 bieten. Wir halten an dem langfristigen Ziel einer atomwaffenfreien Welt fest. Auf der  
114 Basis gesamteuropäischer Sicherheitsinteressen setzen wir weiter auf bewährte  
115 Formate der Rüstungskontrolle und der vertrauensbildenden Maßnahmen. Wir  
116 wollen, dass die EU dabei eine aktive und führende Rolle einnimmt.

117 Sicherheit ist nicht gleichwertig mit Frieden. Ein gerechter und nachhaltiger Frieden  
118 ist für uns mehr als die Abwesenheit von Waffengewalt. Das „gemeinsame Haus  
119 Europa“ muss weiter auf dem Boden des Völkerrechts gebaut werden. Die  
120 Unverletzlichkeit von Grenzen und das Verbot von Angriffskriegen dürfen nicht in  
121 Frage gestellt werden. Mechanismen des zivilgesellschaftlichen Dialogs, der  
122 Konfliktvorbeugung und der Völkerverständigung müssen gestärkt und vertieft  
123 werden, um einer echten Friedensordnung näher zu kommen. An bewährte Formate  
124 der friedlichen Konfliktbewältigung, wie die Organisation für Sicherheit und  
125 Zusammenarbeit in Europa (OSZE), sowie diplomatische Initiativen unter der  
126 Führung der Vereinten Nationen wollen wir anknüpfen und diese ausbauen.

127 Mit einer Europäischen Union als starker Friedensmacht kann die Zeitenwende eine  
128 Wende zum Guten werden.

### 129 **Kooperation in der Welt und Eintreten für Freiheit, Demokratie,** 130 **Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte**

131 Die großen Herausforderungen, vor denen die Menschheit steht, lassen sich nur  
132 gemeinsam lösen. Dies gilt für die Klimakrise, aber auch für Hunger, Konflikte,  
133 Pandemien und knappe Ressourcen. Daher brauchen wir mehr Kooperation, nicht  
134 weniger. Wir verstehen Europa als Teil einer multipolaren Welt und werben für  
135 multilaterale Lösungen. Wir müssen auch mit Regierungen im Gespräch bleiben, die  
136 unsere Wertevorstellungen nicht oder nicht vollständig teilen. Wir brauchen den  
137 Dialog und nutzen ihn, um Wandel in anderen Regionen der Welt zu unterstützen  
138 und zu aktivieren.

139 Unsere Haltung ist dabei klar: Die EU steht für Freiheit, Demokratie und  
140 Rechtsstaatlichkeit. Im Umgang mit autoritären Regierungen setzen wir uns für die  
141 Rechte der Zivilgesellschaft, insbesondere Frauenrechte, sowie den Schutz von  
142 Minderheiten und indigenen Bevölkerungen ein. Wir wollen Beziehungen mit  
143 Ländern, die diese grundlegenden Werte und Standards nicht teilen oder sich nicht  
144 an Regeln halten, nicht vertiefen. Zwar wollen wir keine Abschottung oder  
145 Deglobalisierung, weil wir überzeugt sind, dass Abschottung mehr schadet als nützt.  
146 Wir werden die Zusammenarbeit und den Austausch aber insbesondere mit jenen  
147 Ländern stärken, die unser Wertefundament teilen.



Entwurf Europapolitische Positionen EUW 2024/Vorlage AK 12.06.2023 (INTERN)

148 Unsere rote Linie ist dort, wo Menschenrechte verletzt werden.  
149 Verstöße gegen Menschenrechte sind nicht hinnehmbar. Wir prangern sie an und  
150 setzen uns dafür ein, dass sie vor Gericht geahndet werden. Das gilt auch für das  
151 Regime im Iran, das versucht, die Protestbewegung „Frauen Leben Freiheit“, die sich  
152 nach der Ermordung der jungen Frau Jina Mahsa Amini gebildet hat, in aller Brutalität  
153 niederzuschlagen und jeden Monat politische Gefangene hinrichtet. Wir wollen, dass  
154 die EU stärkeren Druck auf das iranische Regime ausübt, um diese Hinrichtungen  
155 und die Gewalt zu stoppen. Solange das iranische Regime seine zynische Politik  
156 fortsetzt, treten wir für noch konsequentere, zielgerichtete Sanktionen gegen seine  
157 Vertreter ein und sind dafür, dass die EU die Revolutionsgarden des Iran auf die  
158 Terrorliste setzt.

159 Wir setzen uns für freie Medien und den freien Zugang aller Menschen zu  
160 Information ein. Die Arbeit von Journalistinnen und Journalisten darf im In- und  
161 Ausland nicht behindert werden. Der zunehmenden Einflussnahme ausländischer  
162 Akteure auf Wahlen in der EU treten wir entschieden entgegen. Eine unabhängige  
163 und plurale Medienlandschaft in Europa ist das wirkungsvollste Mittel gegen  
164 Desinformation und Propaganda. Daher werden wir die Unabhängigkeit und Vielfalt  
165 der Medien stärken und setzen uns für starke, unabhängige und staatsfern  
166 organisierte öffentlich-rechtliche Medienangebote in der EU ein, die auch über die  
167 EU hinaus Wirkung entfalten können und Menschen mit freien und unabhängigen  
168 Informationen versorgen.

169 Das wichtigste Instrument der Außenpolitik ist die Diplomatie. Die Europäische Union  
170 braucht einen funktionalen diplomatischen Dienst, der die gemeinsamen Interessen  
171 der EU-Staaten wirksam in der Welt vertritt. Hierfür sind eine bessere Ausstattung  
172 und erweiterte Befugnisse notwendig. Dabei wollen wir die Beteiligung der  
173 europäischen Regionen stärken und auch die internationalen Netzwerke von Städten  
174 und Kommunen („urban diplomacy“) nutzen und weiterentwickeln.

175 Wir setzen uns für eine Stärkung der Vereinten Nationen ein. Dazu gehört eine  
176 bessere finanzielle Ausstattung ihrer Unterorganisationen, sowie von überstaatlichen  
177 Institutionen der Zusammenarbeit (G20 u.a.). Wir wollen eine Reform der Vereinten  
178 Nationen anstoßen, mit dem Ziel, Vetorechte und andere Blockademöglichkeiten zu  
179 reduzieren, und gleichzeitig Entscheidungsbefugnisse und  
180 Durchsetzungsmöglichkeiten zu erhöhen.

### 181 **Gute Standards in Außenwirtschaft, Handel und Entwicklungszusammenarbeit**

182 Die Stärke einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik beruht auch auf der  
183 Bedeutung unseres EU-Binnenmarkts. Daraus ergeben sich große Möglichkeiten für  
184 Handel und Entwicklung, sowie für Zusammenarbeit bei Zukunftstechnologien.

185 Handelsabkommen können dazu beitragen, Wohlstand und Frieden zu schaffen und  
186 zu sichern. Um in ihren Außenwirtschaftsbeziehungen einen  
187 verantwortungsbewussten und sozialen Fortschritt in der Welt zu unterstützen, muss



Entwurf Europapolitische Positionen EUW 2024/Vorlage AK 12.06.2023 (INTERN)

188 die EU fairen Handel, den Schutz sozialer Rechte und die Einhaltung  
189 von Umwelt- und Klimastandards vorantreiben. Die Einhaltung der „Nachhaltigen  
190 Entwicklungsziele der Vereinten Nationen“, das Versprechen der UN auf ein Leben in  
191 Würde, Wohlstand und Frieden auf der gesamten Welt, muss die Richtschnur der  
192 Außenpolitik der EU sein. Die EU muss sich, insbesondere in ihren Handelsverträgen  
193 dafür einsetzen, dass Ausbeutung von Menschen und Natur durch nachhaltige  
194 Formen des Wirtschaftens ersetzt wird. Vorteile aus Handelsverträgen sollten  
195 entfallen oder ausgesetzt werden können, wenn Regierungen Schutzstandards  
196 abbauen.

197 Die Länder des globalen Südens werden wir gezielt dabei unterstützen, die  
198 Entwicklungs- und Lebenschancen für die Menschen im eigenen Land zu  
199 verbessern. Die EU muss in der Entwicklungspolitik mehr finanzielle Spielräume und  
200 Handlungsmöglichkeiten erhalten. Entwicklungspatenschaften, insbesondere beim  
201 Aufbau erneuerbarer Energien oder der Wasserstoffherzeugung, sollen ein wichtiger  
202 Baustein der gemeinsamen Außenpolitik werden. Von Projekten der  
203 Entwicklungszusammenarbeit außerhalb der EU muss zuallererst die lokale  
204 Bevölkerung profitieren. Statt Ausbeutung oder Bevormundung wollen wir eine  
205 Zusammenarbeit auf Augenhöhe. Empowerment von Frauen und Minderheiten, die  
206 Förderung der lokalen Wirtschaft und einer humanitären Infrastruktur müssen  
207 vorrangige Ziele einer europäischen Entwicklungspolitik sein.

208 Sogenannte „Klima-Clubs“, in denen Länder mit vergleichbar hohen Klimaschutz-  
209 und Umweltstandards sich gegenseitige Handelserleichterungen gewähren, sollen  
210 ein Mittel europäischer Handelspolitik werden.

211 Wir wollen einen europäischen Grenzausgleichsmechanismus, der die  
212 Wettbewerbsfähigkeit von Produkten, die nach hohen EU-Standards erzeugt wurden,  
213 gegenüber mit schädlichen Verfahren hergestellten Importen schützt. Einnahmen  
214 aus dem europäischen Grenzausgleichsmechanismus sollen auch dazu verwendet  
215 werden, Transformationsprozesse in Entwicklungsländern anzustoßen und zu  
216 fördern.

217 Bei grenzübergreifenden digitalen Technologien und Künstlicher Intelligenz muss die  
218 EU darauf achten, dass Datenschutz und andere Grundrechte, Rechte von  
219 Verbrauchern, geistiges Eigentum sowie essentielle Sicherheitsinteressen gewahrt  
220 bleiben. Dies muss Grundlage für technologische Zusammenarbeit und Marktzugang  
221 sein.

222 Wir setzen uns ein für eine abgestimmte europäische Hafenpolitik, in der die  
223 europäischen Seehäfen kooperieren und sich im Rahmen einer europäischen  
224 Infrastrukturpolitik auf ihre jeweiligen Standortvorteile konzentrieren.  
225 Dumpingsubventionen von Seeschiffahrtsunternehmen, insbesondere durch China,  
226 werden wir entgegentreten. Im Rahmen der Infrastrukturentwicklung sollen  
227 europäische Hafenstandorte für grünen Wasserstoff bevorzugt weiterentwickelt und  
228 ausgebaut werden.



Entwurf Europapolitische Positionen EUW 2024/Vorlage AK 12.06.2023 (INTERN)

229 Von einseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeiten und Ungleichgewichten  
230 wollen wir uns befreien. Insbesondere wollen wir einseitige Abhängigkeiten von  
231 China schrittweise verringern. Auch Abhängigkeiten von knappen Rohstoffen wollen  
232 wir reduzieren. Dies wollen wir durch den Aufbau einer Kreislaufwirtschaft in der EU,  
233 sowie über eine breitere Basis unserer Wirtschaftsbeziehungen erreichen.

234 Wir wollen die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft gegenüber anderen  
235 Teilen der Welt sicherstellen. Die Corona-Krise und der Ukraine-Krieg haben gezeigt,  
236 dass wir uns nicht darauf verlassen können, aus anderen Teilen der Welt immer wie  
237 gewohnt beliefert zu werden. Europa muss strategisch vorgehen, die Versorgung mit  
238 wichtigen Rohstoffen sichern und die Produktion von essenziellen Gütern nach  
239 Europa zurückholen. Dies gilt besonders für die Versorgung in den Kernbereichen  
240 Medizin und Pharma, Energie, Informationstechnik und Robotik.

241 Einen Rückfall in wirtschaftliche und gesellschaftliche Abschottung lehnen wir aber  
242 ab. Nur im Zusammenspiel zwischen eigener wirtschaftlicher Stärke und  
243 Weltoffenheit kann die EU ihre Rolle als Vorreiterin für Frieden, Freiheit und  
244 Demokratie auch wirklich ausüben.

#### 245 **Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik**

246 Wir wollen die Ukraine auf ihrem Weg zum EU-Beitritt, sowie beim Wiederaufbau  
247 ihrer zivilen Infrastruktur unterstützen. Gleichzeitig müssen die Beitrittsverhandlungen  
248 mit den Westbalkanländern beschleunigt und zu einem guten Abschluss geführt  
249 werden. Eine Heranführung von Moldau und Georgien an die EU unterstützen wir  
250 ebenfalls.

251 Eine Vollmitgliedschaft in der EU ist nur unter den Voraussetzungen der  
252 Kopenhagener Kriterien möglich und kann nicht im Eilverfahren erfolgen.  
253 Rechtsstaatlichkeit, Medienfreiheit, gefestigte und plurale Demokratie, effektive  
254 Korruptionsbekämpfung und Transparenz bei der Mittelverwendung sind  
255 unverzichtbare Voraussetzungen. Diese müssen auch nach einem Beitritt dauerhaft  
256 sichergestellt sein.

257 Jenseits der Vollmitgliedschaft bzw. auf dem Weg dahin muss die EU ihren Nachbarn  
258 flexible Formate der schrittweisen Integration und konkreten Kooperation  
259 ermöglichen. Dazu gehören Sicherheit und Verteidigung, Agrarpolitik, Zölle, Verkehr,  
260 Energienetze, Stromerzeugung und Wasserstoffnutzung, Klimapolitik, Arbeitsmarkt-  
261 und Sozialversicherungsrecht, Steuerharmonisierung und justizielle  
262 Zusammenarbeit.

263 Wir wünschen uns auch eine engere Zusammenarbeit mit dem Vereinigten  
264 Königreich, sobald sich dies in ausgewogener Weise verwirklichen lässt und dadurch  
265 weder „cherry picking“ (Rosinenpickerei) noch eine Aushöhlung des europäischen  
266 Gemeinschaftsrechts droht.



Entwurf Europapolitische Positionen EUW 2024/Vorlage AK 12.06.2023 (INTERN)

267

## **2. Europa sichert Wohlstand für alle**

268 Die Energiekrise infolge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine verschärft  
269 die sozialen Probleme in ganz Europa. Viele können ihre Heiz- und Stromkosten  
270 nicht bezahlen. Hinzu kommt die Inflation in vielen Ländern. Die Preise steigen  
271 schneller als die Löhne. Die Armut wächst und auch viele Menschen der Mittelschicht  
272 machen sich Sorgen, massive Einbußen ihres Lebensstandards hinnehmen zu  
273 müssen. Die Bevölkerung in den meisten europäischen Ländern wird älter. Da die  
274 geburtenstarken Jahrgänge nach und nach in Rente gehen, wird der Personal- und  
275 Fachkräftemangel zunehmend zum Problem.

276 All dies gefährdet den sozialen Zusammenhalt – wir stellen uns dem entgegen.

### **277 Soziales Europa**

278 Wir Sozialdemokrat:innen kämpfen für soziale Sicherheit und sozialen  
279 Zusammenhalt in Europa. Soziale Politik muss europaweit vorangetrieben werden.  
280 Daher wollen wir den Ausbau einer europäischen Sozialunion durch die Stärkung der  
281 Europäischen Säule Sozialer Rechte. Wichtig ist es, gleichwertige  
282 Lebensverhältnisse und Wohlstand in allen europäischen Ländern anzustreben. Wir  
283 kämpfen für Verteilungsgerechtigkeit und soziale Mindeststandards sowie eine  
284 Angleichung der Sozialpolitik nach oben. Dank Initiativen der Europäischen Union  
285 wurden in den letzten Jahrzehnten in vielen Mitgliedsländern wichtige soziale  
286 Fortschritte erreicht. Es braucht aber noch mehr verbindliche Verabredungen und  
287 EU-Vorgaben, um eine echte „Angleichung nach oben“ herzustellen und  
288 abzusichern.

289 Die Zukunft Europas sind unsere Kinder und Jugendlichen. Niemand darf  
290 zurückgelassen werden, wir brauchen jede und jeden. Wir wollen daher europäische  
291 Mindeststandards für die Kindergrundsicherung und Bildung. Jede und Jeder soll die  
292 Chance auf gute Bildung und Ausbildung bekommen, unabhängig von Herkunft,  
293 Finanzsituation oder sozialer Stellung der Eltern. Daneben machen wir uns stark für  
294 die Ausweitung der sogenannten Europäischen Jugendgarantie, die Menschen bis  
295 29 Jahren einen sicheren Einstieg ins Berufsleben und eine Chance auf berufliche  
296 Entwicklung und Aufstieg verspricht.

297 Bei der Reform des Stabilitätspakts muss berücksichtigt werden, dass staatliche  
298 Ausgaben unsere Zukunft sichern. In der Vergangenheit wurden Teile Europas durch  
299 überzogene Sparpolitik („Austeritätspolitik“) regelrecht kaputtgespart. Die  
300 europäischen Sparvorgaben und daraus folgende Privatisierungen haben die soziale  
301 Lage vieler Menschen verschlechtert und manchmal auch Abhängigkeiten  
302 beispielsweise von China verschärft (z.B. Verkauf des Hafens von Piräus). Wir  
303 müssen weg von der Logik des Spardiktats.





Entwurf Europapolitische Positionen EUW 2024/Vorlage AK 12.06.2023 (INTERN)

304 Investitionen in Bildung, Gesundheit und Soziales sind Grundlage von  
305 Wertschöpfung und sozialem Frieden. Soziale Stabilität muss Teil des  
306 Stabilitätspakts werden. Deshalb wollen wir, dass sozialpolitische Ausgaben im  
307 Rahmen des Social Convergence Framework berücksichtigt werden. Auch  
308 Investitionen für gemeinsam definierte europäische Infrastrukturprojekte  
309 (beispielsweise der Ausbau erneuerbarer Energien) müssen bei der Bemessung der  
310 Neuverschuldung gegengerechnet werden.

311 Bei Ausschreibungen für öffentliche Aufträge sollen europaweit soziale Standards  
312 berücksichtigt werden. Als Vorbilder können hier das deutsche Tariftreuegesetz oder  
313 auch der US-amerikanische Inflation Reduction Act dienen.

### 314 **Ein guter Arbeitsmarkt**

315 Wir treten ein für gute Arbeit für alle, anstatt prekärer Beschäftigung. Unternehmen  
316 mit sicheren und gut bezahlten Arbeitsplätzen sind die Basis für wirtschaftliche und  
317 soziale Stabilität in Europa. Mit einer funktionierenden Mitbestimmung, einer hohen  
318 Tarifbindung und starken Arbeitnehmerrechten können wir dafür sorgen, dass  
319 Europa ein Kontinent des Wohlstands für alle wird.

320 Den beschlossenen europaweiten Rahmen für angemessene Mindestlöhne haben  
321 wir Sozialdemokrat:innen gemeinsam mit Gewerkschaften erkämpft. Dies ist ein  
322 großer Erfolg für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Europa. Dieser  
323 Rahmen muss nun für alle Länder gut und zügig umgesetzt werden. Für Deutschland  
324 sollte dies zu einer erneuten Anhebung des Mindestlohns führen.

325 Die Arbeitsbedingungen, etwa in Logistik- und Transportunternehmen, bei der  
326 Online-Arbeit oder in der Pflege sind aber immer noch nicht überall gerecht.  
327 Gemeinsame sozialpolitische und Arbeitnehmerschutz-Regulierungen sind nötig.  
328 Auch das Entsenderecht wollen wir nachbessern. Der Vorschlag der EU-Kommission  
329 für eine Richtlinie zur Plattformarbeit, der auf eine sozialdemokratische Initiative  
330 zurückgeht, muss verabschiedet und umgesetzt werden. Damit wollen wir erreichen,  
331 dass auch bei der Online-Arbeit echte Arbeitsverhältnisse mit vollem  
332 Arbeitnehmerschutz die Regel werden.

333 Auch in der Pflege wollen wir, dass ausländische Arbeitskräfte in den formellen  
334 Arbeitsmarkt einbezogen werden. Pflegekräfte, die zu Hause bei den  
335 Pflegebedürftigen wohnen, sollen durch Agenturen als „echte“ Arbeitnehmer:innen  
336 angestellt werden. Wir wollen in diesen Bereichen dem Missbrauch durch angebliche  
337 „Entsendungen“, sowie Scheinselbstständigkeit vorbeugen. Eine Anstellung durch  
338 die Pflegebedürftigen verlagert das Arbeitgeberrisiko auf die Pflegebedürftigen – das  
339 darf nicht sein.

340 Eine gerechte Bezahlung steht und fällt oft mit der Tarifbindung und guten Regeln für  
341 mehr Mitbestimmung. Wir wollen, dass die EU einheitliche Mindeststandards für  
342 Tarifverträge einführt und die Rechte von Gewerkschaften stärkt. Die EU muss



Entwurf Europapolitische Positionen EUW 2024/Vorlage AK 12.06.2023 (INTERN)  
343 gemeinsam mit den nationalen Regierungen geeignete Maßnahmen  
344 erarbeiten, damit die vom Europäischen Parlament vorgegebene Mindestquote für  
345 tarifgebundene Arbeitsverhältnisse (80%) überall erreicht wird.

346 Mitbestimmung im Betrieb ist ein wichtiges Element einer lebendigen Demokratie.  
347 Wir brauchen in der EU gemeinsame Regeln für Unternehmensmitbestimmung von  
348 Arbeitnehmer:innen. Denn die Freizügigkeit von Unternehmen im EU-Binnenmarkt  
349 wird in vielen Fällen genutzt, um Mitbestimmungsrechte zu unterlaufen und  
350 auszuhöhlen. Daher setzen wir uns für europäische Mindeststandards bei  
351 Information, Beratung und Mitentscheidung von Arbeitnehmer:innen ein. Diese  
352 gemeinsamen Standards sollen bestehende Rechte nicht ersetzen, sondern  
353 ergänzen („Angleichung nach oben“). In grenzübergreifenden Konzernen müssen  
354 sogenannte Europäische Betriebsräte mehr Mitbestimmungsrechte bekommen und  
355 gestärkt werden. So kann ein Ausspielen der nationalen Betriebsräte gegeneinander  
356 verhindert werden.

357 Um unser Sozialsystem zu sichern, sind wir auf den Zuzug von Fachkräften aus  
358 europäischen und außereuropäischen Ländern angewiesen. Qualifizierung,  
359 Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen und weniger formale  
360 Hürden sind wichtige Ansätze, um legale Einwanderung in Arbeit zu vereinfachen.

361 Parallel müssen wir Bemühungen verstärken, damit niemand ohne Abschluss die  
362 Schule verlässt, damit alle eine Ausbildung erhalten und flexible Wege zu Weiter-  
363 und Anschlussqualifizierung für Berufsrückkehrer:innen oder Zugewanderte  
364 geschaffen werden.

## 365 **Gerechte Steuern**

366 Wir kämpfen für Steuergerechtigkeit: Steuern müssen dort bezahlt werden, wo  
367 wirtschaftliche Aktivität stattfindet. Das gilt auch für Facebook, Amazon, Google &  
368 Co. Steuerflucht ins Ausland muss bekämpft werden und Steueroasen in der EU  
369 müssen wir endlich abschaffen. Dafür müssen in der EU Mehrheitsentscheidungen in  
370 der Steuerpolitik möglich werden.

371 Die Globale Mindeststeuer für internationale Konzerne muss überall in der EU zügig  
372 umgesetzt werden. Der Mindeststeuersatz von 15% ist ein guter erster Schritt. Wir  
373 wollen ihn weiter erhöhen und befürworten den ursprünglichen Vorschlag von 21%.  
374 Zu viele grenzübergreifende Unternehmen kommen in den Genuss von Ausnahmen.  
375 Hier muss die EU schrittweise nachschärfen und für eine entsprechende Regelung  
376 auch auf globaler Ebene werben.

377 Bilaterale Vereinbarungen (sogenannte Doppelbesteuerungsabkommen) müssen  
378 durch gemeinsame europäische Regeln ersetzt werden, um Schlupflöcher und  
379 Umgehungsmöglichkeiten zu beenden. Die Regeln zur Begrenzung der Gewinn- und  
380 Verlustverschiebung müssen weiter präzisiert und verschärft werden. Für die  
381 Einhaltung und Durchsetzung dieser Regeln sollten nicht nur die nationalen



Entwurf Europapolitische Positionen EUW 2024/Vorlage AK 12.06.2023 (INTERN)

382 Steuerbehörden, sondern auch die EU-Kommission zuständig sein. Wie  
383 die Apple/Starbucks/Amazon-Fälle zeigen, ist nur durch eine übergeordnete Instanz  
384 eine effektive Durchsetzung gewährleistet.

385 Die gemeinsame konsolidierte Bemessungsgrundlage muss endlich kommen. Die  
386 vorliegenden Vorschläge gehen nicht weit genug und müssten um wesentliche  
387 Aspekte ergänzt werden. Wir brauchen EU-weit gleiche Abschreibungsmöglichkeiten,  
388 insbesondere was die steuerliche Abzugsfähigkeit von Managervergütungen angeht.  
389 Die Abzugsfähigkeit der Managergehälter sollte in Abhängigkeit vom Lohnniveau der  
390 untersten Lohngruppen im jeweiligen Unternehmen begrenzt werden.

### 391 **Eine gute kommunale Grundversorgung mit Energie, Gesundheit, Wasser,** 392 **Nahverkehr, sozialem Wohnen und digitalen Netzen**

393 Nach Jahrzehnten der Privatisierungen haben wir in den vergangenen Krisen  
394 schmerzlich feststellen müssen, dass wir in vielen Bereichen mehr staatliche  
395 Gestaltungsmöglichkeiten brauchen. Es kann nicht richtig sein, wenn Gewinne  
396 privatisiert werden und in der Krise dann die Allgemeinheit für die Verluste  
397 aufkommen muss, um die Grundversorgung für die Menschen aufrecht zu erhalten.

398 Dies gilt für die Energieversorgung, die wir allzu leichtgläubig in die Hände von  
399 Großkonzernen und ihren Gasverkäufern aus Russland gelegt haben (Uniper). Es gilt  
400 genauso in der Gesundheitsversorgung und Versorgung mit Arzneimitteln, die  
401 teilweise zum Spielball wirtschaftlicher Interessen zu werden drohen. Viele  
402 Kommunen bereuen heute, dass sie in der Zeit um die Jahrtausendwende ihre  
403 Sozialwohnungen an Investoren veräußert haben. Aber auch der öffentliche  
404 Personennahverkehr und die Wasserversorgung sind öffentliche Güter und müssen  
405 allen zur Verfügung stehen. Diese und auch die flächendeckende digitale  
406 Infrastruktur sollten nicht einer rein kommerziellen Logik ausgeliefert sein.

407 Um die Versorgung mit erneuerbarem Strom, Fernwärme, Wasser,  
408 Gesundheitsversorgung, sozialem Wohnen, öffentlichem Personennahverkehr und  
409 digitaler Infrastruktur für alle abzusichern, wollen wir die Grundversorgung durch  
410 gemeinnützige kommunale Unternehmen ausweiten. Europäisches Beihilfen- oder  
411 Wettbewerbsrecht darf dem nicht entgegenstehen.

412 Entflechtung und Privatisierung von Netzen der Verkehrs- und Energie- und digitalen  
413 Infrastruktur lehnen wir ab. Wo möglich, soll es eine „Rekommunalisierung“ von  
414 ehemals privatisierter Daseinsvorsorge geben. Wo dies nicht geht, ist durch Auflagen  
415 gegenüber den Privatunternehmen die Gemeinwohlbindung sicherzustellen.

416 Europäische Förderung, etwa von kommunalen Wind- und Solarparks oder  
417 Fernwärmenetzen, muss unsere Kommunen beim Auf- und Umbau ihrer Infrastruktur  
418 unterstützen. Ohne günstige Finanzierungsbedingungen oder Zuschüsse sind viele  
419 Kommunen dazu finanziell nicht in der Lage.



Entwurf Europapolitische Positionen EUW 2024/Vorlage AK 12.06.2023 (INTERN)

420 Wir wollen, dass sich Kommunen – auch grenzüberschreitend –  
421 vernetzen und gemeinsame Infrastrukturprojekte angehen können. Daher stärken  
422 wir die grenzüberschreitende Kooperation von Kommunen, und insbesondere die  
423 Arbeit der EUREGIOS. Projektorientierte Zusammenarbeit wollen wir gezielt fördern -  
424 insbesondere Zusammenarbeit zwischen Industriezentren, die voneinander lernen  
425 und gemeinsam den Weg zu einer nachhaltigen Art des Wirtschaftens beschreiten  
426 wollen. Um grenzenloses Arbeiten, Leben und Studieren weiter zu vereinfachen,  
427 sollen Beratungsangebote auf kommunaler Ebene sowie GrenzInfoPunkte in den  
428 EUREGIOS ausgebaut und besser verknüpft werden.

### 429 **3. Die EU als Wegbereiterin in eine nachhaltige und digitale** 430 **Zukunft**

431 Wir sind sicher: die Mehrheit der Menschen hierzulande will Klimaschutz. Aber  
432 Klimaschutz gelingt nicht allein mit der Beschwörung von Zielen oder grüner  
433 Symbolpolitik. Erforderlich sind vielmehr vernünftige und konkrete Maßnahmen,  
434 sowie deren gerechte Umsetzung vor Ort. Wir müssen dabei die große Mehrheit der  
435 Gesellschaft mitnehmen und dürfen eine Spaltung unserer Gesellschaften nicht  
436 zulassen. Wir müssen Klimaschutz solidarisch organisieren: das heißt, wir dürfen die  
437 Normal- und Geringverdiener:innen dabei nicht überfordern oder mit unmöglichen  
438 Anforderungen oder Unsicherheiten alleine lassen. Nur wenn wir Klimaschutz sozial  
439 gerecht gestalten und dafür sorgen, dass die Menschen für sich gute  
440 Zukunftsperspektiven sehen, werden wir unsere Ziele erreichen.

441 Das gilt auch für den Aufbau einer digitalisierten Wirtschaft und Gesellschaft: auch  
442 hier dürfen wir keine Spaltung zulassen, vor allem zwischen Menschen jüngerer und  
443 älterer Generationen, sowie zwischen Menschen mit verschiedenen  
444 Bildungshintergründen. Wir sind gefordert, die Beschäftigten auf diesem Weg aktiv  
445 zu beteiligen, um die nötigen Veränderungen im Sinne der Menschen gestalten zu  
446 können. Dafür braucht es starke Mitbestimmung. Auch Bildung, Ausbildung und  
447 Weiterbildung sind an die neuen Herausforderungen anzupassen.

448 Der Weg in eine nachhaltige und digitale Zukunft gelingt am besten mit  
449 sozialdemokratischer Politik.

### 450 **Umbau der Industrie zur CO2-Neutralität**

451 Wir brauchen industrielle Produktion und eine starke Wirtschaft, um den Weg in eine  
452 nachhaltige Zukunft zu ebnen und dauerhaft zu sichern. Die europäischen Ziele zum  
453 Ausbau erneuerbarer Energien wollen wir engagiert umsetzen, und wo möglich  
454 übertreffen, damit wir unsere Herstellungsprozesse so bald wie möglich auf  
455 sogenannten „grünen“ Stahl und „grünen“ Wasserstoff umstellen können. Für  
456 Windräder, Generatoren, Solarparks und Pipelines sind wir angewiesen auf Stahl,



Entwurf Europapolitische Positionen EUW 2024/Vorlage AK 12.06.2023 (INTERN)

457 Aluminium und Silizium, für neue Netze brauchen wir Kupfer und  
458 Glasfaser, für Stromspeicher und E-Autos brauchen wir Lithium, Eisen oder andere  
459 Grundstoffe und für klimafreundliche Gebäuderenovierungen benötigen wir  
460 industrielle Bau- und Dämmstoffe. All das kann ohne eine moderne Industrie nicht  
461 gelingen.

462 Wir wissen, dass Industrie und Klimaschutz zusammengebracht werden können. Die  
463 grüne Industrie Europas kann ein weltweites Vorbild werden. In diesem  
464 anspruchsvollen Übergangsprozess wollen wir die industriellen Schlüsselsektoren  
465 unterstützen und in Europa bewahren. Dies gilt für unsere starke chemische Industrie  
466 ebenso wie für die Metall-, Elektro- und Automobilindustrie, die Glas- und  
467 Papierindustrie, aber auch für die Energiebedarfe vieler mittelständischer  
468 Unternehmen.

469 Anstatt nationaler Alleingänge braucht es auch hier ein abgestimmtes Handeln. Die  
470 EU muss den Ausbau grenzüberschreitender Energieinfrastruktur unterstützen und  
471 koordinieren. Es braucht eine europäische Strategie beim Aufbau von  
472 Wasserstoffpipelines, Offshore-Windparks, Elektrolyseuren, der Hafeninfrastruktur  
473 und den Stromnetzen. Aus verbundenen nationalen Netzen muss ein europäisches  
474 Netz werden.

475 Um das Klima zu schützen, muss der Ausstoß von CO<sub>2</sub> in erster Linie vermieden  
476 werden. Wo das nicht möglich ist, muss es abgespalten und genutzt, gebunden oder  
477 gelagert werden. Wir können uns hier keine Tabus leisten. Der Weltklimarat verweist  
478 auf die Möglichkeiten, Kohlenstoff aus Abgasen abzuspalten und in neuen Produkten  
479 zu binden, oder gefahrlos zu lagern. In der Zukunft kann Kohlenstoff aus CO<sub>2</sub> zu  
480 einem wertvollen Rohstoff werden, den es zu nutzen gilt („Carbon Capture and Use“).

481 Die EU hat sich das Ziel gesetzt, den Ausstoß von CO<sub>2</sub> bis 2030 um 55 Prozent  
482 gegenüber dem Wert von 1990 zu senken. Um dieses Ziel zu erreichen, braucht die  
483 europäische Industrie weiter Unterstützung, um angesichts deutlich gestiegener  
484 Energiepreise global konkurrenzfähig zu bleiben. Dekarbonisierung durch  
485 Deindustrialisierung, beziehungsweise durch Verlagerung von Industrie in  
486 nichteuropäische Staaten, lehnen wir ab.

## 487 **Den Übergang schaffen**

488 Der Übergang zur klimafreundlichen Industrie und Wirtschaft ist eine gewaltige  
489 Aufgabe. Damit unsere heimische Wirtschaft auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig  
490 bleiben kann, sind für diesen Kraftakt auch öffentliche Investitionen erforderlich. Die  
491 Vergabe europäischer Gelder, vom Strukturwandelfonds bis hin zu  
492 Agrarsubventionen, muss an nachprüfbar Klimaziele gekoppelt werden.

493 Dazu müssen die Wettbewerbsregeln überarbeitet werden. Den Mitgliedstaaten,  
494 sowie den Ländern, Städten und Gemeinden, muss durch eine Reform des  
495 Beihilferechts zusätzlicher Spielraum gegeben werden. Es muss in Zukunft einfacher



Entwurf Europapolitische Positionen EUW 2024/Vorlage AK 12.06.2023 (INTERN)  
496 werden, besonders betroffene Regionen, wie etwa das rheinische  
497 Braunkohlerevier, beim zügigen Übergang der Industrie zu unterstützen, etwa durch  
498 Sonderwirtschaftszonen oder ein Sonderplanungsrecht. Standorte der  
499 energieintensiven Industrie müssen mit Instrumenten der Länder, des Bundes und  
500 der EU unterstützt werden können.

501 Der Europäische Regionalfonds (EFRE) muss durch zusätzliche Instrumente der  
502 Förderung ergänzt werden, auch um die ärmeren EU-Staaten zu unterstützen, damit  
503 sie beim Umbau der Industrie nicht zurückbleiben. Daher unterstützen wir den  
504 Vorschlag für einen Europäischen Souveränitätsfonds.

505 Uns Sozialdemokrat:innen ist wichtig, dass nicht nur einige private Investoren von  
506 den Chancen der neuen Technologien profitieren. Die Allgemeinheit soll an der  
507 Erzeugung von erneuerbaren Energien vor Ort, wie etwa Wind- und Solarparks,  
508 Wasserstoffanlagen (Elektrolyseuren) oder Fernwärmenetzen teilhaben. Dafür  
509 brauchen wir Energiegesellschaften in kommunaler Trägerschaft. Die EU soll den  
510 Aufbau kommunaler Energiegesellschaften, Fernwärmenetzbetreibern oder anderen  
511 Einrichtungen der kommunalen Daseinsvorsorge mit zinslosen Darlehen und  
512 Zuschüssen fördern.

513 Auch mit einer besseren Kreislaufwirtschaft lassen sich Emissionen reduzieren. Wir  
514 wollen raus aus der Wegwerfgesellschaft. Daher setzen wir uns dafür ein, dass  
515 europäische Verbraucher ein Recht auf Reparatur haben. Außerdem wollen wir  
516 unnötige Verpackungen vermeiden und nachhaltige Verpackungsmaterialien  
517 bevorzugen. Wo immer möglich, sollten Abfälle wiederaufbereitet (Recycling) oder  
518 neuen Nutzungen zugeführt werden (Upcycling). Zugleich wollen wir uns unserer  
519 Verantwortung stellen und Müllexporte untersagen. Der steigende Kostendruck aus  
520 dem europäischen Emissionshandelssystem darf nicht dazu führen, dass Müll illegal  
521 entsorgt oder in Entwicklungsländer exportiert wird, anstatt im Wege der  
522 Müllverbrennung energetisch verwertet zu werden.

523 Der Übergang von der fossil-angetriebenen zur grünen Industrie und  
524 Kreislaufwirtschaft braucht eine enge Verbindung mit der Forschung und den  
525 Hochschulen. Die Fristen für Innovationskreisläufe wollen wir verkürzen. Das  
526 Europäische Forschungsprogramm HORIZON EUROPE ist außerordentlich  
527 erfolgreich; wir wollen dafür mehr Geld im Europäischen Haushalt bereitstellen.

528 Die Modernisierung unseres Gebäudebestandes durch Minderung des  
529 Energieverbrauchs und den Einbau effizienter Systeme für Heizung und Kühlung hat  
530 einen erheblichen Arbeitskräftebedarf in der Bauindustrie und im Handwerk zur  
531 Folge. Der Bau von Photovoltaik-Anlagen und Batterien, Elektrolyseuren und  
532 Wasserstoffspeichern, der Aufbau eines neuen Kraftwerkparks und der Umbau der  
533 Wärmeversorgung, zusammenfassend „Net-Zero-Industries“, bieten ein riesiges  
534 Potenzial an neuen und sicheren Arbeitsplätzen. Wir werden die Chancen für die  
535 Sicherung und den Ausbau von neuer Beschäftigung nutzen.



Entwurf Europapolitische Positionen EUW 2024/Vorlage AK 12.06.2023 (INTERN)

536 **Verkehr und Mobilität der Zukunft**

537 Um unsere Gesellschaft klimaneutral zu gestalten, müssen wir uns auch in Verkehr  
538 und Mobilität von fossilen Brennstoffen befreien. Mobilität ist ein Grundbedürfnis aller  
539 Menschen und muss für alle zugänglich und bezahlbar sein.

540 Dazu braucht es neue Antriebsformen, die Verlagerung von Verkehren, gute  
541 Angebote des öffentlichen Personennahverkehrs und neue Mobilitätskonzepte. Im  
542 Individualverkehr liegt die Zukunft in der Elektromobilität. Um die Umstellung auf  
543 Elektrofahrzeuge voranzutreiben setzen wir auf ein europäisches, flächendeckendes  
544 Ladenetz und den Aufbau gemeinsamer Industriekapazitäten für umweltverträgliche  
545 Batterien. Auch die Güterverkehre müssen dekarbonisiert werden. Wo im  
546 Güterverkehr LKWs zum Einsatz kommen, und keine Verlagerung auf die Schiene  
547 möglich ist, müssen klimaneutrale Antriebe eingesetzt werden.

548 Für Zugverbindungen auf der Langstrecke brauchen wir den über den ganzen  
549 Kontinent reichenden Ausbau des Hochgeschwindigkeitsnetzes und einen raschen  
550 Ausbau der transeuropäischen Nachtzugkapazitäten. Als gemeinsames Großprojekt  
551 setzen wir die Maglev Warschau-Berlin-Brüssel-Paris um. Aber ÖPNV ist nicht per se  
552 klimaneutral. Deswegen ist die Elektrifizierung der Schiene unser erklärtes Ziel.

553 Um Zugreisen über Ländergrenzen hinweg zu vereinfachen, werden wir die  
554 europäischen Bahngesellschaften zur Harmonisierung von Fahrplanauskunfts- und  
555 Ticketbuchungssystemen verpflichten. Eines der Ziele ist dabei die Schaffung einer  
556 europaweiten Fahrplanauskunft für den gesamten öffentlichen Personenverkehr.  
557 Außerdem setzen wir uns für die Einführung eines „Europatickets“ für Zugfahrten ein,  
558 bei denen die Beförderungsleistung von unterschiedlichen europäischen  
559 Bahngesellschaften in verschiedenen europäischen Ländern erbracht wird. Damit  
560 erleichtern wir nicht nur die Buchung von grenzüberschreitenden Bahnreisen,  
561 sondern verbessern auch Haftungs- und Entschädigungsregeln, z.B. bei  
562 Zugausfällen oder verpassten Anschlüssen.

563 Wo möglich wollen wir auch Flugverkehr durch eine Verlagerung auf Schiene und  
564 Wasserstraße ersetzen. Dennoch wird der Flugsektor auch in Zukunft eine wichtige  
565 Rolle in unserer Mobilität spielen. Zukunftsantriebe wie Strom für kürzere Strecken  
566 und eFuels für längere Strecken tragen zur Verminderung der Emissionen bei. Sie  
567 müssen gezielt aufgebaut und so bald wie möglich flächendeckend eingesetzt  
568 werden. Eine europaweite Besteuerung von Flugbenzin befürworten wir.

569 **Klimaanpassung und Schutz von Wäldern und Wasser**

570 Während die Klimaneutralität und das Erreichen der international vereinbarten  
571 Klimaziele weiter oberste Priorität haben, dürfen wir die Augen vor den bereits  
572 eingetretenen Folgen des Klimawandels nicht verschließen. Diese sind auch hier vor  
573 Ort spürbar.



Entwurf Europapolitische Positionen EUW 2024/Vorlage AK 12.06.2023 (INTERN)

574 Deswegen müssen wir auch auf europäischer Ebene die  
575 Klimafolgenanpassung verstärken und weiterentwickeln. Wir wollen Kommunen  
576 stärker als zuvor unterstützen, sich auf die Klimafolgen einzustellen. Dafür sind  
577 Klimaanpassungspartnerschaften wie Düsseldorf-Toulouse-Tunis oder das LIFE-  
578 geförderte Projekt ‚Evolving Regions‘ vorbildhaft.

579 Unsere Wälder und Moore müssen wir schützen und stärken. Sie sind gute  
580 Verbündete im Kampf gegen den Klimawandel, ganz zu schweigen von ihrer Rolle  
581 für die Artenvielfalt. Die europäischen Programme zur Aufforstung und zum Schutz  
582 und der Wiederbelebung der Moore wollen wir weiter ausbauen. Nach Stürmen,  
583 Bränden oder Dürreschäden soll es aber nicht nur um möglichst rasche, sondern um  
584 möglichst natürliche und widerstandfähige Aufforstung gehen. Deswegen müssen  
585 unsere Wälder in ganz Europa von Wirtschaftswäldern wieder zu lebendigen und  
586 klimaschützenden Wäldern werden.

587 Auch unsere Flüsse, sowie die Grundwasserreservoirs spielen eine große Rolle für  
588 die Zukunft. Wir brauchen längerfristige europäische Maßnahmen, um sie zu  
589 schützen und nachhaltige Wasserversorgung für Menschen und Natur zu sichern.

590 Die Klimafolgen treffen Menschen aber auch ganz direkt. Wir wollen einen weiteren  
591 europäischen Rahmen zum Schutz der Menschen am Arbeitsplatz, ebenso wie zum  
592 besseren Schutz von Mieter\*innen und besonders betroffenen Gruppen.

### 593 **Digitalisierung gestalten - als Motor für Sicherheit und Zusammenhalt**

594 Digitalisierung und künstliche Intelligenz verändern alle Bereiche unseres Lebens  
595 und stellen uns vor große Herausforderungen. Die Frage ist längst nicht mehr ob,  
596 sondern wie wir Digitalisierung gestalten. Damit ist Digitalisierung eine zutiefst  
597 sozialdemokratische Aufgabe: wir wollen Chancen nutzen und Risiken vermeiden –  
598 mit dem Ziel, einen Mehrwert für die Menschen zu organisieren, Teilhabe zu sichern  
599 und digitaler Armut und gesellschaftlicher Spaltung entgegen zu treten.

600 Damit dies gelingt, müssen wir geeignete und flexible Formate von Bildung,  
601 Ausbildung und lebenslangem berufsbegleitenden Lernen für alle einfach zugänglich  
602 machen. Dabei wollen wir sowohl den europäischen Qualifikationsrahmen als auch  
603 Erfahrungen anderer EU-Staaten nutzen.

604 Die Harmonisierung von Gesetzgebung, sowie Entbürokratisierung der Verwaltung  
605 durch Digitalisierung ist klares Ziel der europäischen Politik. Wo immer dies möglich  
606 ist, sollten Verwaltungsdienstleistungen und Zuwendungen, auf die ein Anspruch  
607 besteht, durch gute und geschützte digitale Vernetzung schnell und ohne  
608 Antragstellung zugänglich gemacht werden.

609 Grundlage für eine funktionierende Digitalisierung, bei der der Mensch im Mittelpunkt  
610 steht, ist eine moderne europäische Infrastruktur. Beim Aufbau dieser Infrastruktur  
611 soll die EU unterstützen, damit wir gleichwertige Lebensverhältnisse herstellen und  
612 Zukunftschancen überall nutzen können.





Entwurf Europapolitische Positionen EUW 2024/Vorlage AK 12.06.2023 (INTERN)

613 Wo immer Digitalisierung einen Mehrwert für Menschen und  
614 Gesellschaft schaffen kann, müssen wir dies von Anfang an gut gestalten. Dafür  
615 braucht es Schutz vor Diskriminierung und Sicherung unserer Grundrechte wie  
616 Datenschutz, Schutz der Privatsphäre sowie der Meinungsfreiheit und  
617 Meinungsvielfalt, auch im digitalen Raum.

618 Open Data gilt es auf europäischer Ebene weiter zu forcieren. Der Datenaustausch  
619 fungiert als Innovationstreiber. Dazu müssen wir gemeinsame Datenstandards  
620 entwickeln und gerade sensible persönliche Daten müssen - etwa bei der Gestaltung  
621 eines europäischen Gesundheitsdatenraumes - sicher anonymisiert werden. Auch  
622 Zugriffsrechte auf Daten müssen klar definiert werden.

623 Zudem braucht jede Anwendung eine klare Zweckbindung und eine genaue  
624 Definition der benötigten Daten. Gerade mit Blick auf Systeme, die direkte  
625 Auswirkungen auf Menschen haben, muss eine menschliche Letztentscheidung,  
626 Aufsicht und Korrektur immer sichergestellt sein.

627 Die Möglichkeiten von Künstlicher Intelligenz entwickeln sich rasant. Die Chancen  
628 künstlicher Intelligenz wollen wir nutzen für neue Produkte, Produktionsverfahren und  
629 Dienstleistungen. Bei allen Anwendungen müssen sorgfältig die Ziele definiert und  
630 die hierfür benötigten Daten beschrieben werden. Dabei muss von den Entwicklern  
631 der Algorithmen sicherstellt sein, dass keine falschen oder vorurteilsbehafteten  
632 Datensätze Eingang in das System finden, da dadurch Diskriminierungen fortgesetzt  
633 bzw. sogar verstärkt werden können.

#### 634 **4. Europa der Chancengleichheit**

635 Chancengleichheit und Teilhabe sind seit jeher sozialdemokratische  
636 Herzensanliegen. Auch heute stehen wir vor gewaltigen Herausforderungen, für die  
637 es eine starke Gesellschaft, ganzheitliche Bildung, gute Chancen und Perspektiven  
638 für unsere Jugend, eine Gleichstellung der Geschlechter und eine Einbindung aller  
639 braucht. Diese Ziele wollen wir in ganz Europa erreichen.

#### 640 **Chancengleichheit fängt bei der Bildung an**

641 Unser Ziel ist es, allen Menschen Zugang zu bestmöglichen Bildungsangeboten und  
642 zu lebenslangem Lernen zu gewähren.

643 Wir wollen die Möglichkeiten, die ein Europäischer Bildungsraum bietet,  
644 konsequenter nutzen. Die Mobilität von Beschäftigten kann durch eine möglichst  
645 weitgehende automatische Anerkennung von im Ausland erworbenen  
646 Bildungsabschlüssen und Qualifikationen deutlich erhöht werden. Auch hier sollten  
647 digitale Tools entschlossener nutzbar gemacht werden.



Entwurf Europapolitische Positionen EUW 2024/Vorlage AK 12.06.2023 (INTERN)

648 Während bis 2025 der Europäische Bildungsraum Realität sein soll,  
649 wollen wir darauf aufbauend allen eine inklusive, gleichberechtigte und hochwertige  
650 Grund- und Sekundarbildung ermöglichen. Digitalisierung und künstliche Intelligenz  
651 müssen dabei in der Vorbereitung und der Umsetzung mitgedacht werden, was unter  
652 anderem eine bessere Vermittlung kritischer Medienkompetenz erforderlich macht.

653 In der Bildungszusammenarbeit erfolgreich erprobte Instrumente, angefangen vom  
654 EU-Qualifikationsrahmen bis hin zu individuellen Lernkonten und ‚Microcredentials‘  
655 oder den Europäischen Hochschulallianzen, müssen zu einem Gesamtkonzept  
656 zusammengeführt werden, das die positiven Auswirkungen dieser Maßnahmen  
657 verstärkt.

658 Weiterbildung und Qualifizierung sollten gezielter und bedarfsgerechter erfolgen. Der  
659 Zugang zu Lernangeboten sollte altersunabhängig und für alle bezahlbar sein, damit  
660 sich Aufstiegschancen und berufliche Weiterentwicklung auch während des  
661 Berufslebens realisieren lassen. Gemeinsam wollen wir diese Ziele über die  
662 sogenannte soziale Säule, den Europäischen Qualifikationsrahmen (EQR) und die  
663 Berufsanerkennung voranbringen. Wo immer möglich, sollen Angebote auch digital  
664 verfügbar sein; hilfreich sind zudem Angebote während der Arbeitszeit bzw. leichterem  
665 Zugang durch verkürzte Arbeitszeiten. Darüber wollen wir einen Austausch zwischen  
666 den Sozialpartnern anstoßen.

667 Der dringend zu verbessernde Erwerb digitaler und medialer Kompetenzen verlangt  
668 genauso wie die Vermittlung der Grundfähigkeiten Lesen, Schreiben und Rechnen  
669 nach mehr hochmotivierten und gut ausgebildeten Lehrkräften, angefangen in der  
670 frühkindlichen Erziehung bis hin zum Berufsschul- oder Hochschulpersonal. Die  
671 Ausweitung der durch ERASMUS+ geförderten Teacher Academies kann hier einen  
672 wichtigen Beitrag leisten.

673 Jede und jeder sollte die Möglichkeit haben, bis zum 25. Lebensjahr mindestens eine  
674 durch ERASMUS+ ermöglichte Lernerfahrung im Ausland zu absolvieren. Neben der  
675 weiteren Stärkung des ERASMUS+ Programms und des Europäischen  
676 Solidaritätskorps setzen wir uns für deutliche Steigerungen der Bildungsinvestitionen  
677 in der EU insgesamt ein.

## 678 **Teilhabe und Perspektiven für die Jugend**

679 Den zum Jahr der Europäischen Jugend 2023 geäußerten Worten zum Wohle junger  
680 Menschen müssen weiter Taten folgen.

681 Wir Sozialdemokrat:innen finden, dass Praktika grundsätzlich bezahlt werden sollten.  
682 Wo dies nicht möglich ist oder dazu führen würde, dass Praktika nicht zustande  
683 kommen, sollte die EU andere Finanzierungsquellen zur Verfügung stellen. Wir  
684 setzen uns dafür ein, dass Auszubildende, Schüler und Studenten für Praktika bis zu  
685 6 Monaten eine nicht rückzahlbare europäische Praktikums-Ermöglichungspauschale  
686 bekommen können.



Entwurf Europapolitische Positionen EUW 2024/Vorlage AK 12.06.2023 (INTERN)

687 Für grenzüberschreitende Praktika bis zu 12 Monaten im Rahmen von  
688 Studium oder Ausbildung stehen bereits jetzt Fördergelder im Programm  
689 ERASMUS+ zur Verfügung. Praktika im europäischen Ausland vermitteln neben  
690 wichtigen beruflichen Erfahrungen und Sprachkenntnissen auch wertvolle  
691 Lebenserfahrung und stärken den europäischen Austausch. Die Fördersätze sollten  
692 angehoben und das Programm sollte auch im nächsten Finanzrahmen nach 2027  
693 fortgeführt werden.

694 "Partizipation" soll eine Programmpriorität im ERASMUS+ Programm darstellen,  
695 sodass dieses Programm auch Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus  
696 bildungsfernen Haushalten eine höhere Teilhabe an europäischem Austausch  
697 ermöglicht.

698 Wir fordern zudem eine zusätzliche Anstrengung beim Wiederaufbau  
699 weggebrochener internationaler Strukturen der Jugendarbeit und Jugendhilfe, sowie  
700 die Fortführung eines gestärkten EU-Jugenddialogs in einer zu erneuernden EU-  
701 Jugendstrategie, in der die Perspektiven benachteiligter Jugendlicher noch besser  
702 berücksichtigt werden.

703 Wir setzen uns ein für die Stärkung des Programms Europäisches Solidaritätskorps.  
704 Dabei sollte die Antragstellung vereinfacht und die Teilnahme an  
705 Solidaritätsprojekten bereits ab 16 Jahren ermöglicht werden.

706 Außerdem drängen wir Sozialdemokrat:innen auf einen wirksamen EU-Jugend-  
707 Check, mit dem jegliche künftige europäische Gesetzgebung vor deren  
708 Verabschiedung auf ihre für junge Menschen positiven oder auch negativen  
709 Auswirkungen hin überprüft und unter Mithilfe junger Menschen verbessert werden  
710 soll.

## 711 **Chancengleichheit und Gleichstellung von Frauen**

712 Die Gleichstellung der Geschlechter gehört zu den Grundwerten der Europäischen  
713 Union und zum Grundpfeiler der europäischen Identität. Werden europäische Werte  
714 durch einzelne Mitgliedsländer verletzt, muss dies geahndet werden können. Dies gilt  
715 auch für politische Vorstöße, die der Gleichstellung der Geschlechter zuwiderlaufen.

716 Frauen und Männer müssen den gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit  
717 bekommen. Wir fordern das Schließen der Lohn- und Rentenlücke (Gender Pay Gap  
718 und Gender Pension Gap). Auf EU-Ebene wollen wir verbindliche Ziele festschreiben  
719 und ein EU-weites Lohngerechtigkeitsgesetz verabschieden. Dazu gehört, dass alle  
720 Beschäftigungsverhältnisse sozialversicherungspflichtig sein müssen, um Armut von  
721 Frauen im Alter zu verringern.

722 Zudem treten wir ein für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Unser Ziel bleibt  
723 der echte Mentalitätswechsel: Eine faire und partnerschaftliche Aufteilung zwischen  
724 Männern und Frauen in der Betreuungs-, Pflege- und Erwerbsarbeit muss



Entwurf Europapolitische Positionen EUW 2024/Vorlage AK 12.06.2023 (INTERN)  
725 selbstverständlich und möglich sein. Deshalb wollen wir, dass die EU-  
726 Richtlinie zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf konsequent umgesetzt  
727 wird.

728 Wir wollen nicht hinnehmen, dass Frauen nicht in gleichem Umfang wie ihre  
729 männlichen Kollegen in Leitungsfunktionen arbeiten, weder in der Wirtschaft noch in  
730 der Wissenschaft. Die Quotierungs-Regeln für Frauen in Aufsichtsräten sind für uns  
731 nur ein erster Schritt, um mehr Frauen in Führungspositionen zu bringen. EU-weite  
732 Förderprogramme sollen dazu beitragen, Frauen in der Wissenschaft, insbesondere  
733 im MINT-Bereich, zu unterstützen.

734 Die europäischen Institutionen müssen hier mit gutem Beispiel vorangehen. Der  
735 Frauenanteil im Europaparlament ist zwar mit jeder Wahl gestiegen, aber Frauen  
736 sind nach wie vor in der Minderheit (aktuell 40,4 %). Nur wenn Frauen  
737 mitentscheiden, können auch Entscheidungen getroffen werden, die Frauen und die  
738 Auswirkungen unterschiedlicher Politiken auf Frauen im Blick haben. Wir fordern  
739 daher die Mitgliedsstaaten und Unionsorgane auf, dem Grundsatz der Gleichstellung  
740 der Geschlechter Rechnung zu tragen und alle Parteien zu quotierten Wahllisten zu  
741 verpflichten – mit dem Ziel der Parität. Auch die nächste EU-Kommission sollte  
742 paritätisch besetzt sein.

743 Um zu verhindern, dass konservative und rechtspopulistische Kräfte in einigen  
744 Mitgliedsländern die erreichten Fortschritte in der Gleichstellungspolitik  
745 zurückdrehen, fordern wir eine Fortsetzung der 2025 auslaufenden  
746 Gleichstellungsstrategie der Kommission. Dazu gehören neben spezifischen Zielen,  
747 Maßnahmen und Sanktionen auch die konsequente Anwendung von Gender-  
748 Mainstreaming und Gender-Budgeting. Wir streben die Aufwertung des derzeit nur  
749 beratenden Gleichstellungsausschusses im Europäischen Parlament an.

750 Alle Gesetzesvorhaben sind auf ihre geschlechtsspezifischen Folgen zu überprüfen.  
751 Nur so kann sichergestellt werden, dass kein Geschlecht durch einzelne  
752 Gesetzesvorhaben benachteiligt oder von der Teilhabe ausgeschlossen wird oder  
753 dass Teile des Haushalts einem Geschlecht in besonderer Weise zugutekommen.

754 Wir begrüßen es, dass die EU der Istanbul-Konvention zur Verhütung und  
755 Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt beigetreten ist.  
756 Daraus ergeben sich völkerrechtliche Pflichten im Hinblick auf Opferschutz,  
757 Prävention und Strafverfolgung sowie die rechtliche Gleichstellung der Geschlechter  
758 in den Verfassungen und Rechtssystemen. Wir fordern, dass nun auch alle  
759 Mitgliedsstaaten die Istanbul-Konvention ratifizieren und machen uns stark für eine  
760 flächendeckende Versorgung mit Frauenhäusern in ganz Europa.

761 Die Diskussionen über #Metoo haben das erschreckende Ausmaß von sexualisierter  
762 Gewalt, Übergriffen und Belästigungen gegenüber Frauen öffentlich gemacht. Wir  
763 wollen mehr Schutz von Mädchen und Frauen. Deswegen brauchen wir in Europa  
764 mehr Präventionsmaßnahmen und die konsequente Verfolgung aller Formen von  
765 geschlechterbezogener Gewalt.



Entwurf Europapolitische Positionen EUW 2024/Vorlage AK 12.06.2023 (INTERN)

766 Strafverfolgungsbehörden überall in Europa müssen bereits in der  
767 Ausbildung sensibilisiert werden, um ein konsequenteres Vorgehen gegen Gewalt  
768 gegen Frauen sowie gegen Gewalt aufgrund von sexueller Orientierung oder  
769 geschlechtlicher Identität vorgehen zu können. Femizide sollen als eigenständiger  
770 Tatbestand im Strafrecht behandelt werden. So können sie statistisch besser erfasst  
771 und ihre wissenschaftliche Erforschung kann auf eine solide Grundlage gestellt  
772 werden.

773 Wir wollen, dass Europa konsequenter gegen Schlepperbanden, Menschenhändler  
774 und Zwangsprostitution vorgeht. Wir fordern ein Werbeverbot für Prostitution.  
775 Gleichstellung von Frauen und Männern lässt sich nicht erreichen, wenn Frauen in  
776 der Öffentlichkeit als willenlose Objekte dargestellt werden.

777 Weibliche Saisonarbeitskräfte sind besonders gefährdet, Opfer männlicher Gewalt zu  
778 werden. Wir wollen, dass die Arbeits- und Unterbringungssituation von  
779 Saisonarbeitskräften verbessert wird bzw. dass die Einhaltung von Mindeststandards  
780 überprüft wird. Weibliche Saisonarbeitskräfte benötigen besondere Rückzugsräume  
781 und einen niedrighschwelligen Zugang zu Hilfsangeboten.

782 Dass Frauen selbst über ihren Körper bestimmen können, ist eine  
783 Grundvoraussetzung für die Gleichstellung der Geschlechter.  
784 Schwangerschaftsabbrüche müssen überall in Europa Teil der medizinischen  
785 Grundversorgung sein.

786 Darüber hinaus wollen wir, dass die medizinische Behandlung von Frauen an ihre  
787 spezifischen Bedürfnisse angepasst wird. Die wissenschaftliche Forschung zu  
788 geschlechtsspezifischer Medizin ist zu intensivieren. Zugleich ist bei der Vergabe von  
789 Mitteln für die medizinische Forschung nicht nur auf eine Frauenquote zu achten,  
790 sondern auch darauf, dass ein ausreichend großer Anteil der Projektmitarbeiter:innen  
791 in Bezug auf geschlechtsspezifische Aspekte geschult ist.

## 792 **Recht auf sexuelle Identität und Selbstbestimmung**

793 Wir setzen uns dafür ein, dass die Rechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen,  
794 Transsexuellen, Intersexuellen und queeren Personen überall in Europa gestärkt  
795 werden. Systematischen Grundrechtsverstößen durch staatliche Institutionen sowie  
796 Diskriminierungen im Rahmen der schulischen Bildung wollen wir entgegen treten -  
797 wenn nötig auch durch das Einfrieren oder Kürzen von Geldern aus dem EU-  
798 Haushalt.

799 Wir setzen uns dafür ein, dass sogenannte „Konversionstherapien“ europaweit  
800 verboten werden. Homosexualität ist keine Krankheit. Die sogenannten Therapien  
801 fügen Menschen physisch und psychisch zum Teil enorme Schäden zu.  
802 Geschlechtsanpassende Operationen sind in allen Mitgliedsstaaten anzuerkennen.  
803 Der Zugang zu schnellen und transparenten Verfahren für die rechtliche  
804 Anerkennung der Geschlechtszugehörigkeit und deren innereuropäische



Entwurf Europapolitische Positionen EUW 2024/Vorlage AK 12.06.2023 (INTERN)  
805 Anerkennung über die Grenzen der Mitgliedsstaaten hinweg muss  
806 gewährleistet sein.

## 807 **Inklusion von behinderten Menschen**

808 Wir wollen ein inklusives Europa und setzen uns weiterhin für eine kontinuierliche  
809 Verbesserung der europaweiten Barrierefreiheit ein.

810 In allen EU-Mitgliedsländern muss es verlässliche Standards zur Hilfe und  
811 Förderungen von Menschen mit Behinderungen und zur barrierefreien Teilhabe an  
812 der Gesellschaft geben. Dafür brauchen wir ein einheitliches europäisches  
813 Behindertenrecht im Einklang mit der UN-Behindertenrechtskonvention. Ein  
814 einheitliches Behindertenrecht muss den Zugang zu allen Einrichtungen und  
815 Diensten, die für die Öffentlichkeit bereitgestellt werden, sowie eine Teilhabe am  
816 kulturellen Leben ermöglichen. Das gilt auch für digitale Angebote: Webseiten von  
817 Behörden müssen so barrierefrei wie möglich zugänglich sein.

818 Behinderte Menschen sollen die erforderliche Assistenz und Förderung erhalten, um  
819 in Kita, Schule, Ausbildung, Studium und Erwerbsleben ihre Potentiale ausschöpfen  
820 zu können. Verkehrsräume, öffentliche Gebäude sowie neue Wohngebäude sind  
821 barrierefrei zu gestalten.

822 Wir begrüßen die geplante Einführung eines EU-einheitlichen  
823 Schwerbehindertenausweises, der in allen Mitgliedsstaaten anerkannt wird und  
824 werden uns für eine gute und schnelle Umsetzung einsetzen.

## 825 **5. Europa der Begegnung**

826 Ein lebendiges Europa lebt von der Begegnung und dem Austausch seiner  
827 Bürgerinnen und Bürger. Durch Austausch und Verflechtung stärken und vertiefen  
828 wir auch die Identifikation mit unserem gemeinsamen Europa. Die Entwicklung einer  
829 starken, europäisch denkenden und handelnden, vielfältigen und unabhängigen  
830 Zivilgesellschaft in allen Teilen Europas ist von größter Bedeutung. Dies fängt an bei  
831 Städtepartnerschaften, bei Jugendaustausch und Auslandsaufenthalten für  
832 Studierende und Auszubildende, und reicht über länderübergreifende Verbände,  
833 Gewerkschaften und Medien, bis hin zu Kulturangeboten.

834 Europäische Städtepartnerschaften und die Zusammenarbeit zwischen Kommunen  
835 in Europa sind ein wichtiges Instrument europäischer Entwicklung und  
836 Friedenssicherung. Zusammen mit Partnerschaften in vielen Bereichen der  
837 Zivilgesellschaft – Sport, Kultur, Bildung – stärken sie die europäische Identität an  
838 der Basis, bei den Menschen. Wir fordern daher, dass europäische  
839 Städtepartnerschaften ausgebaut und auch finanziell durch die Bundesländer besser



840 Entwurf Europapolitische Positionen EUW 2024/Vorlage AK 12.06.2023 (INTERN)  
841 unterstützt werden. Teilhabe und Austausch sollten allen Menschen  
möglich gemacht werden.

842 Um Austausch und Begegnung zu erleichtern, bedarf es auch einer Förderung der  
843 Mobilität durch einen besser zwischen den Mitgliedstaaten vernetzten ÖPNV.  
844 Darüber hinaus kann Digitalisierung auch dazu beitragen, Austausch und  
845 Partnerschaften zwischen Städten, Gemeinden und Kreisen in ganz Europa neu zu  
846 stärken und auszubauen. Mehr Austausch zwischen Menschen in Europa schafft  
847 eine stärkere Verbundenheit der Menschen mit Europa und untereinander.

848 Die kulturelle Vielfalt Europas ist ein hohes Gut. Europäische Kulturpolitik muss diese  
849 Vielfalt vor allem durch grenzüberschreitenden kulturellen Austausch fördern. Nach  
850 den Krisen der letzten Jahre muss die EU ihren Beitrag zum Wiederaufbau der  
851 Kultur- und Kreativbranche aufrechterhalten und diese nachhaltig stärken.

852 Das Programm „Kreatives Europa“ unterstützt gemeinsame europäische  
853 Kulturprojekte finanziell und fördert den Austausch von Kulturschaffenden. Dies soll  
854 weiter gestärkt werden.

855 Wir kämpfen für einen rechtlichen Status für europäische Künstlerinnen und Künstler  
856 mit EU-weiten Standards für deren Mindestvergütung, Arbeitsbedingungen und  
857 soziale Absicherung.

858 Wir wollen ein Europa, in dem die Einwohner:innen mehr Mitsprache und  
859 Gestaltungsmöglichkeiten haben. Die Konferenz zur Zukunft Europas hat sehr viele  
860 gute Ideen und Vorschläge eingebracht. Allerdings müssen nun auf Worte auch  
861 Taten folgen. Die Empfehlungen der Zukunftskonferenz müssen Berücksichtigung  
862 finden.

863 Um Medienfreiheit zu sichern, braucht es auch künftig eine umfassende Netz- und  
864 Technologieneutralität und die Förderung einer vielfältigen Medienlandschaft. Wir  
865 wollen das Europäische Medienfreiheitsgesetz zu einem Erfolg werden lassen, das  
866 professionelle journalistische Arbeit in Rundfunk wie Presse wertschätzt, für die  
867 Auffindbarkeit ihrer Inhalte online sorgt und gegen Desinformation und Propaganda  
868 schützt.

869 Wir wollen eine europäische Öffentlichkeit fördern, indem wir unabhängige,  
870 europaweite mehrsprachige Medien (Print, Online, TV und Hörfunk) unterstützen. Es  
871 braucht eine europäische Alternative zu YouTube und Co., auf der insbesondere  
872 Inhalte und Videos, wie zum Beispiel Nachrichten und Dokumentationen, europaweit  
873 zugänglich sind und Europäerinnen und Europäer durch automatisierte Übersetzung  
874 und Untertitelung auch Inhalte aus anderen Mitgliedstaaten verfolgen können. Eine  
875 solche digitale europäische Streaming-Plattform muss frei von Profitinteressen  
876 funktionieren und Algorithmen umfassen, die europäische Digitalprinzipien  
877 respektieren.



Entwurf Europapolitische Positionen EUW 2024/Vorlage AK 12.06.2023 (INTERN)

## 878 **6. Europa als Kontinent des Rechts**

879 Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und gemeinsame Werte sind das Fundament  
880 unseres gemeinsamen Hauses Europa. Einzelne Regierungen haben dieses  
881 Fundament in den letzten Jahren mehr und mehr untergraben, indem sie die  
882 Unabhängigkeit der Justiz, die Gewaltenteilung, Freiheit von Bildung und  
883 Wissenschaft, sowie elementare Standards der Pressefreiheit abgebaut haben. Wer  
884 in seinem Land mächtige Institutionen schafft, die demokratischer Kontrolle und  
885 Legitimation nicht mehr zugänglich sind, wer den Vorrang des europäischen Rechts  
886 offen in Frage stellt und wer die Kontrollmechanismen des Europäischen  
887 Gerichtshofes einschränkt, dem sagen wir den Kampf an. Durch Verteilung  
888 öffentlicher Gelder an Günstlinge bis hin zu offener Korruption schaden diese  
889 Regierungen dem Gemeinwohl und der gesamten Europäischen Union.

890 Dies dürfen wir nicht länger hinnehmen. Wir müssen alle Maßnahmen ausschöpfen,  
891 von der Kürzung und Zurückbehaltung europäischer Gelder bis hin zum  
892 Stimmrechtsentzug, um Rechtsstaatlichkeit konsequent einzufordern. Eine  
893 Kommissionspräsidentin, die von den Stimmen rechtspopulistischer Parteien  
894 abhängig ist, hat keine guten Voraussetzungen, dies effektiv durchzusetzen.

895 Und all denen, die bei uns lebende Menschen aufgrund ihrer Herkunft diskriminieren,  
896 sagen wir: Europa steht für Vielfalt. Fremdenfeindlichkeit und Rassismus haben bei  
897 uns keinen Platz. Wenn wir in Vielfalt vereint sind, sind wir so viel stärker.

## 898 **Migration human gestalten und Potentiale nutzen**

899 Der Umgang mit geflüchteten Menschen ist eine gesamteuropäische Aufgabe. Dass  
900 die EU diese Herausforderung erfolgreich angehen kann, hat der Umgang mit  
901 geflüchteten Menschen aus der Ukraine gezeigt. Diese Erfahrungen mit  
902 Erstaufnahme, Integration in Sozialsysteme, Bildung und Arbeitsmarkt müssen wir  
903 zukünftig in die Systeme für Asyl und Arbeitsmigration einbringen.

904 Dabei kommt einer schnelleren Anerkennung von beruflichen Qualifikationen, sowie  
905 gezielten Weiterbildungs- und Sprachförderungsangeboten eine wichtige Rolle zu.  
906 Durch eine schnelle Integration in den Arbeitsmarkt wirken wir dem  
907 Fachkräftemangel in Deutschland entgegen und nutzen die wertvollen Potentiale der  
908 zu uns Gekommenen.

909 Die Reform des Dublin-Systems muss endlich abgeschlossen werden, damit  
910 Ersteinreisestaaten auf verbindliche Unterstützung der anderen Mitgliedstaaten  
911 zählen können, insbesondere in Seenotrettungsfällen. Für uns sind rechtsstaatliche  
912 Verfahren unerlässlich - das gilt vor allem auch, falls es zu Kontrollen an  
913 Außengrenzen kommen sollte. Zudem muss die gerechte Verteilung von  
914 Asylbewerber\*innen auf die Mitgliedstaaten gleichermaßen im Zentrum stehen.





Entwurf Europapolitische Positionen EUW 2024/Vorlage AK 12.06.2023 (INTERN)

915 Wir werden entschlossen für Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte an  
916 unseren Grenzen einstehen. Illegale Zurückweisungen müssen unverzüglich  
917 eingestellt und sanktioniert werden. Die Straffreiheit an unseren Außengrenzen muss  
918 ein Ende finden. Dabei muss insbesondere die europäische Grenzschutzagentur  
919 Frontex Menschenrechtsverletzungen aufklären und wo immer möglich verhindern,  
920 statt diese zu verschleiern.

921 Im Rahmen des Europäischen Asylsystems tragen alle Mitgliedsstaaten  
922 Verantwortung für eine leistungsfähige Seenotrettung im Mittelmeer. Wir wollen, dass  
923 die EU die Seenotrettung stärker koordiniert, ausstattet und die Mitgliedstaaten dabei  
924 finanziell, technisch und personell unterstützt. Private Hilfsorganisationen dürfen  
925 nicht kriminalisiert werden, sie sollen aufgenommene Flüchtlinge unmittelbar in  
926 nächst-gelegene europäische Häfen ausschiffen dürfen.

927 Für eine kontrollierte Zuwanderung gilt es sicherzustellen, dass alle irregulär  
928 eingereisten Menschen registriert und identifiziert werden. Deshalb unterstützen wir  
929 das Screening-Verfahren und setzen uns dafür ein, dass es ein gemeinsamer  
930 Grundstein für rechtsstaatliche Verfahren wird.

931 Im Anschluss müssen vereinheitlichte Asylverfahren schnell zu einem belastbaren  
932 Ergebnis kommen. Für Menschen, die keinen positiven Asylbescheid erhalten  
933 können, brauchen wir - wo immer Rückführungen möglich sind - gemeinsame  
934 Maßnahmen. Abschiebungen in Länder, in denen unmittelbare Gefahr besteht,  
935 dürfen nicht erfolgen.

936 Entlastung für Grenzmanagement und Asyl sollte auch durch legale Zugangswege  
937 für geflüchtete Menschen unterstützt werden, etwa durch humanitäre Visa,  
938 verbesserte Familienzusammenführung, Spurwechsel in Arbeitsmigration oder  
939 Resettlement, also die gezielte Aufnahme von Menschen direkt aus Aufnahmelagern  
940 des UNHCR. Dabei ist klar, dass wir das individuelle Recht auf Asyl in Europa  
941 verteidigen und eine Auslagerung des Asylsystems auf Drittstaaten ablehnen.

942 Städte und Kommunen, die sich bereit erklären, Geflüchtete aufzunehmen, sollen bei  
943 den Integrationskosten und zusätzlich in gleicher Höhe bei kommunalen  
944 Entwicklungskosten finanziell unterstützt werden. In Multi-Stakeholder Beiräten sollen  
945 die Bürgerinnen und Bürger dabei über die Aufnahme von Flüchtlingen  
946 mitbestimmen können.

947 Immer mehr Menschen sind zur Flucht aus ihrer Heimat gezwungen, weil sie sich  
948 und ihre Familien nicht mehr ernähren können. Mit einer fairen Handels-, Agrar- und  
949 Fischereipolitik sowie einer wirkungsvollen Entwicklungszusammenarbeit, die soziale  
950 und ökologische Ziele mit wirtschaftlichen Zielen in Einklang bringt, wollen wir diese  
951 Fluchtursachen bekämpfen und eine eigenständige Entwicklung des globalen  
952 Südens ermöglichen.

953 Zugleich brauchen wir weiter harmonisierte, also tatsächlich europäische Regeln für  
954 den Zugang zu Ausbildung und Arbeit, wo immer dies in der EU benötigt wird. Das



Entwurf Europapolitische Positionen EUW 2024/Vorlage AK 12.06.2023 (INTERN)  
955 gilt für eine Ausweitung der sogenannten Blauen-Karte-EU, aber auch  
956 für vereinfachte Regeln für längerfristige Aufenthalte in der EU.

## 957 **Freiheit, Sicherheit und Grundrechte schützen**

958 Grenzüberschreitende, organisierte Kriminalität erfordert eine enge Kooperation  
959 unserer Polizei- und Sicherheitsbehörden auf europäischer Ebene. Effektive und  
960 zielgerichtete Strafverfolgung muss dabei immer Hand in Hand gehen mit dem  
961 Schutz und der Verteidigung unserer gemeinsamen Grundwerte und Grundrechte.  
962 Das gilt für die vielfältigen Herausforderungen wie Umweltverbrechen, Kampf gegen  
963 Drogenkriminalität, Menschenhandel und Prostitution, sowie Korruption oder  
964 Bekämpfung von Hass- bzw. Gewaltverbrechen bis hin zu extremistischen oder  
965 terroristischen Gewalttaten. Diesen Formen der Kriminalität können wir nur  
966 gemeinsam als Europäische Union begegnen. Der Krieg in der Ukraine hat zudem  
967 deutlich gemacht, dass auch bei der Aufklärung von Kriegsverbrechen, bei der  
968 Ahndung von nichteingehaltenen EU-Sanktionen oder bei der Einziehung und  
969 Sicherstellung von Vermögenswerten von Oligarch:innen oder Mitgliedern der  
970 organisierten Kriminalität eine verstärkte europäische Zusammenarbeit unerlässlich  
971 ist. Um Geldwäsche zu erschweren, setzen wir uns für eine EU-weite Obergrenze für  
972 Barzahlungen ein (10.000€).

973 Zu einer effizienteren polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit gehört die  
974 Harmonisierung von Straftatbeständen und Ermittlungsverfahren sowie eine  
975 verstärkte Koordination der nationalen Behörden - im direkten Austausch einzelner  
976 nationaler Behörden untereinander, aber auch über EU-Agenturen wie der  
977 europäischen Polizeibehörde Europol, der europäischen Justizagentur Eurojust, der  
978 europäischen Staatsanwaltschaft EPPO, der reformierten EU-Drogenagentur oder  
979 auch der geplanten europäischen Anti-Geldwäsche-Agentur AMLA. Bezüglich des  
980 Standortes der AMLA setzen wir uns für Frankfurt ein.

981 Neben der Strafverfolgung müssen wir auch in der ständigen Aus- und Weiterbildung  
982 unserer Justizbehörden sowie der Polizeibehörden einen stärkeren Fokus auf die  
983 grenzüberschreitende Zusammenarbeit legen. In Kooperation mit den jeweiligen  
984 Zivilgesellschaften braucht es aber auch einen verstärkten Fokus auf die Prävention  
985 von Straftaten - durch Bildungskampagnen an Schulen und in der  
986 Erwachsenenbildung sowie durch (Re-)Integrationsmaßnahmen von (potenziellen)  
987 Straftäter:innen.

## 988 **Verbraucherschutz**

989 Seit 2009 ist die Europäische Union verpflichtet, als Grundlage für eine  
990 Kennzeichnung von Lebensmitteln Nährwertprofile aufzustellen. Wir fordern die EU-  
991 Kommission auf, diese Vorgabe umzusetzen und ein einheitliches Modell zur  
992 Kennzeichnung von Lebensmitteln in Europa einzuführen. Der sogenannte „Nutri-



Entwurf Europapolitische Positionen EUW 2024/Vorlage AK 12.06.2023 (INTERN)

993 Score“ würde es Verbraucher:innen EU-weit erleichtern, Lebensmittel in  
994 Bezug auf ihren Nährwert einzuschätzen.

995 Immer mehr Verbraucher:innen orientieren sich bei ihren Konsumententscheidungen am  
996 Tierwohl, das jedoch europaweit nicht einheitlich geregelt ist. Wir fordern, dass die  
997 Europäische Kommission die rechtlichen Standards für Züchtung, Transport,  
998 Schlachtung und Tierhaltung im EU-Binnenmarkt deutlich anhebt. Über ein EU-weit  
999 einheitliches Tierwohlkennzeichen muss sie Anreize für die Landwirtschaft schaffen,  
1000 tiergerechte Haltungsformen zu betreiben. Für Verbraucher:innen muss die  
1001 Kennzeichnung notwendige Transparenz und Glaubwürdigkeit schaffen, damit sie  
1002 bereit sind, höhere Preise für tierische Produkte zu bezahlen.

1003 Im europäischen Binnenmarkt soll es klare Kriterien, Standards und Normen für  
1004 Werbeversprechen mit sozialen Aussagen geben. Hierzu zählen Versprechen rund  
1005 um „Sozialverträglichkeit“, „Nachhaltigkeit“, Klimafreundlichkeit“ oder „frei von  
1006 Kinderarbeit“. Weiterhin brauchen wir einen einheitlichen Rahmen zur Messung des  
1007 CO<sub>2</sub>-Fußabdrucks von Produkten. Verbraucher:innen müssen sich darauf verlassen  
1008 können, dass solche Werbeaussagen der Wahrheit entsprechen. Dies sollte durch  
1009 unabhängige und europaweit akkreditierte Zertifizierungsstellen überprüft werden.  
1010 Irreführende oder nicht belegbare Werbeaussagen sollen verboten werden.

1011 Dem Missbrauch und der Überdosierung von Nahrungsergänzungsmitteln wollen wir  
1012 entgegentreten. Die Europäische Kommission muss verbindliche  
1013 Höchstmengenregelungen für Vitamine und Mineralstoffe in  
1014 Nahrungsergänzungsmitteln und Regelungen für Produkte auf Pflanzenbasis  
1015 definieren.

1016 In der Gentechnik halten wir am Vorsorgeprinzip fest, wonach nur solche  
1017 Lebensmittel in den Verkehr gebracht werden dürfen, die eine Risiko- und  
1018 Sicherheitsprüfung durchlaufen haben. Dies muss auch bei neuen gentechnischen  
1019 Verfahren konsequent Anwendung finden. Die unabhängige Risikoforschung und die  
1020 Entwicklung von Nachweisverfahren wollen wir fördern. Keinesfalls darf es zu einer  
1021 Monopolisierung des Saatgutmarktes, der bereits jetzt von wenigen großen  
1022 Konzernen dominiert wird, kommen.

1023 Videogames boomen und erfreuen sich immer größerer Beliebtheit. Um auch hier  
1024 unlautere Geschäftspraktiken zu vermeiden, braucht es eine Regulierung, die  
1025 sicherstellt, dass Gamerinnen und Gamer, insbesondere Kinder, ausreichend vor  
1026 teilweise glückspielähnlicher Ausbeutung durch sogenannte Lootboxen geschützt  
1027 werden und dass entsprechend gegen unlautere Spieldesigns vorgegangen wird.

## 1028 **Zukunftsfähige Institutionen in der EU**

1029 Um für die Herausforderungen der Zukunft gewappnet zu sein, muss die EU  
1030 handlungsfähiger werden. Wir drängen daher darauf, den grundlegenden rechtlichen  
1031 Rahmen unseres Miteinanders in Europa, also die EU-Verträge, auf die Höhe der



Entwurf Europapolitische Positionen EUW 2024/Vorlage AK 12.06.2023 (INTERN)

1032 Zeit zu bringen. Unser langfristiges Leitbild bleibt dabei die Schaffung  
1033 einer europäischen Verfassung und der Vereinigten Staaten von Europa.

1034 Wir setzen uns dafür ein, Einstimmigkeitserfordernisse im Rat weitestgehend  
1035 abzuschaffen. Insbesondere in der Steuer- und Sozialpolitik ist die Einstimmigkeit ein  
1036 Bremsklotz für gemeinsame europäische Politik. Für Entscheidungen, die bislang  
1037 durch den Rat nur einstimmig getroffen werden konnten, soll künftig eine qualifizierte  
1038 Mehrheit ausreichen, mit Ausnahme von Vertragsänderungen.

1039 Wir wollen das Europäische Parlament als direkte Vertretung der Bürgerinnen und  
1040 Bürger in der EU stärken. Künftig sollte die EU-Kommissionspräsidentin oder der EU-  
1041 Kommissionspräsident vom Europäischen Parlament vorgeschlagen und gewählt  
1042 werden – mit der Maßgabe, dass die Wahl vom Rat nur noch mit einer qualifizierten  
1043 Mehrheit abgelehnt werden kann. Weiterhin fordern wir das generelle Initiativrecht  
1044 des Parlaments.

1045 Nach den Krisen der vergangenen Jahre muss die EU ihre Wirtschafts- und  
1046 Währungsunion endlich zukunftsfest machen. Um eine stärker europäisch  
1047 koordinierte Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik zu ermöglichen, brauchen wir ein  
1048 europäisches Finanzministerium, welches Teil der Europäischen Kommission ist und  
1049 gegenüber dem Europäischen Parlament Rechenschaft ablegen muss. Das  
1050 Finanzministerium soll das Ziel des wirtschaftlichen Zusammenwachsens verfolgen,  
1051 Investitionen in die europäische Infrastruktur koordinieren und die korrekte  
1052 Verwendung von Finanzmitteln im Sinne der gemeinsam festgelegten Politikziele  
1053 kontrollieren. Es soll darauf hinwirken, dass nationale Steuervorschriften harmonisiert  
1054 und gemeinsame Regeln zur Mindestbesteuerung von Konzernen festgelegt werden.  
1055 Auf Politikfeldern, in denen eine effektive Lenkungswirkung am besten europäisch  
1056 erzielt werden kann (z.B. Steuern auf Flugbenzin oder Finanztransaktionen), sollte  
1057 die EU auch die Kompetenz erhalten, Steuern zu erheben.

1058 Um den Schutz von demokratischen und rechtsstaatlichen Standards in den EU-  
1059 Mitgliedsländern zu verbessern, fordern wir, das sogenannte „Artikel 7-Verfahren“  
1060 abzuändern. So soll nicht mehr der aus den nationalen Regierungen bestehende Rat  
1061 darüber entscheiden, ob in einem EU-Land eine anhaltende Verletzung  
1062 demokratischer oder rechtsstaatlicher Standards vorliegt, sondern der Europäische  
1063 Gerichtshof. Der Rat wird nur noch dafür zuständig sein, mit qualifizierter Mehrheit  
1064 ein solches Verfahren vor dem EuGH anzustoßen. Bei einer groben, anhaltenden  
1065 Verletzung demokratischer oder rechtsstaatlicher Standards soll künftig auch der  
1066 Ausschluss eines Landes aus der EU möglich sein.

1067



Entwurf Europapolitische Positionen EUW 2024/Vorlage AK 12.06.2023 (INTERN)

1068

**Geht wählen!**

1069 Europa hat so viel zu bieten – und bringt uns viele Vorteile.

1070 Aber Europa ist noch nicht perfekt. Mit dem bisher in der EU Erreichten geben wir  
1071 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten uns nicht zufrieden. Wir wollen weiter  
1072 vorangehen, um den nachfolgenden Generationen eine bessere Welt zu  
1073 hinterlassen.

1074 Wir wollen ein Europa, das den Frieden durchsetzt und schützt, ein Europa der  
1075 Chancen, ein Europa, das zusammenhält, ein Europa der nachhaltigen Zukunft, ein  
1076 Europa der Begegnung, ein Europa der Werte und des Rechts.

1077 Helft mit, Europa besser zu machen. Helft mit, dass Europa nicht von rechtsextremen  
1078 und -populistischen Kräften vereinnahmt wird.

1079 Der erste und wichtigste Schritt dazu ist:

1080 Geht wählen!

Vorentwurf